

Politiker

Man muss leider feststellen, dass ein Großteil der Politiker in der Bundesrepublik beim und nach dem Fall der Mauer wohlgenute Ahnungslose waren. Als sich in der Nacht vom 9. November 1989 abzeichnete, dass in der DDR irgendetwas passieren würde, haben die West-Alliierten und die Parteien im Westen überlegt, was man tun müsse, um die DDR zu stützen, um Unruhen zu vermeiden!

Schon vorher, im September 1989, kurz nach der Öffnung der ungarischen Grenze für DDR-Flüchtlinge, schickte der Parteivorstand der SPD ein Blitztelegramm an die SED-Führung, dass er, der Vorstand einer der großen Parteien der Bundesrepublik, an der Aufrechterhaltung der Beziehungen zur SED festhalte und diese gegen Angriffe und Diffamierungen der CDU zu verteidigen gedenke. Die SPD werde weiter gegen die Destabilisierung der DDR und in Abgrenzung vom nationalistischen Wiedervereinigungspathos der CDU an der Existenz zweier deutscher Staaten festhalten. Diese Zweistaatlichkeit sei eingebunden in die von den Völkern gewünschte Nachkriegsordnung.

Joschka Fischer, unser späterer Außenminister, sagte nach dem Abbrechen sämtlicher Ausbildungen am 27. Juli 1989: „Ein wiedervereinigtes Deutschland wäre für unsere Nachbarn nicht akzeptabel. Das Wiedervereinigungsgebot im Grundgesetz wäre in seiner Konsequenz ein Unglück für das deutsche Volk.“

Und selbst, als die Mauer schon gefallen war, kämpfte die SPD noch gegen die Wiedervereinigung:

Am 13. Dezember 1989 sagte Egon Bahr, der Schmied der früheren Politik eines „Wandels durch Annäherung“: „Unerträglich wäre Sonntagsrede, wonach die Wiedervereinigung vorrangigste Aufgabe bleibt. Das ist Lüge, Heuchelei, die vergiftet, und politische Umweltverschmutzung.“

Und am 18. Dezember 1989 sagte Oskar Lafontaine: „Wiedervereinigung? Welch historischer Schwachsinn!“

Die wohlgenute Ahnungslosigkeit der CDU lässt sich vielleicht am besten an den Beratungen zum Einigungsvertrag, in der Vorbereitung der Wiedervereinigung, festmachen. Hier sprach man davon, einige Straftaten als „teilungsbedingte Straftaten“ außer Verfolgung zu stellen. Gemeint war damit zwar nur Spionage etc., aber der ganze Tenor des Vertrags geht dahin, auch das zum Recht gewordene Unrecht in der DDR zu sanktionieren. Ein Paragraph 213 im Strafgesetzbuch der DDR, nach dem eine „Republikflucht“ bestraft wurde, verstieß eindeutig gegen die Menschenrechte, vor allem gegen Artikel 12 - 15 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen. Da der Paragraph zwar galt, aber nicht gültig war, hätten sich alle Staatsanwälte und Richter, die nach diesem Paragraphen 213 angeklagt und verurteilt hatten, nach der Wiedervereinigung dafür verantworten müssen, und die „Macher“ des Gesetzes dazu. Diese Form der konsequenten Aufarbeitung war aber nicht erwünscht. Der Einigungsvertrag zielt eindeutig nicht auf Aufarbeitung, sondern versucht, möglichst viele Menschen mit ins Boot zu holen, möglichst alle weniger wichtigen Täter und alle Mitläufer; da vergisst man die Opfer gern!

Auch auf der Seite der CDU gab es nach der Wiedervereinigung keinerlei Wunsch, die Geschichte des geteilten Deutschland mit der Leitlinie der Menschenrechte aufzuklären und aufzuarbeiten. Die „blühenden Landschaften“ als wichtigstes Ziel und andere Schlagworte muss man hier gar nicht erwähnen.

Ich widerspreche auch gern der Auffassung von Richard Schröder von 1993, „Es darf im vereinigten Deutschland nicht als anrühlich gelten, ein überzeugter DDR-Bürger gewesen zu sein.“

Es darf auch nicht anrühlich sein, „den Sozialismus“ unter den damaligen Umständen der Desinformation und Isolation für ein großartiges Menschheitsprojekt gehalten zu haben, das, wie die meisten heimlich hinzufügten, leider schlecht durchgeführt werde.“ Nein, der Sozialismus war von vornherein und für jeden wachen Menschen erkennbar so verbrecherisch, dass man schon eine bestimmte Art von Dummheit haben musste, um das nicht zu erkennen. Und Dummheit ist in politischen Dingen nicht hinnehmbar oder verzeihlich.

Meine Empörung wird vielleicht verständlicher, wenn man im Ausspruch des Philosophen und Theologen Schröder einige Worte ändert: „Es darf im Nachkriegs-Deutschland nicht als anrühlich gelten, ein überzeugter Nazi gewesen zu sein. Es darf auch nicht anrühlich sein, „den Nationalsozialismus“ unter den damaligen Umständen der Desinformation und Isolation für ein großartiges Menschheitsprojekt gehalten zu haben, das, wie die meisten heimlich hinzufügten, leider schlecht durchgeführt werde.“ Auch da wussten fast alle Vieles, manche sehr Vieles und einige Alles, aber schon das „Viele“ reichte doch aus, um erkennen zu können, dass hier pathologische Verbrecher am Ruder waren und dass man sich durch Mitmachen oder Dulden mitschuldig machte.

Das Handeln von Mitläufern kann man verstehen, aber nicht billigend hinnehmen. Jeder muss das, was er denkt und tut, verantworten, und das nicht erst im jüngsten Gericht, sondern heute vor der Gesellschaft und der Geschichtsschreibung, auch die West-Politiker, die nicht Gerechtigkeit und Wahrheit im Sinn haben, sondern nur ihre Wiederwahl oder die ihrer Partei.

Wenn die Bürger der DDR bei ihrer Selbstbefreiung nicht „Wir sind ein Volk!“ skandiert hätten, wären wir noch heute eine Konföderation zweier deutscher Staaten, und wenn Tausende von Bürgern nicht die Stasi-Zentralen in der ehemaligen DDR besetzt

hätten, wären die Stasi-Akten größtenteils vernichtet, in jedem Fall aber gesperrt worden. Dass Deutschland heute gelobt wird für seine Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur, ist ein Verdienst der Bürger, auf keinen Fall der Politik! Die, egal welcher Couleur, hätten am liebsten einen Schlussstrich unter das Kapitel DDR gezogen.

Für die anderen wohlgemuten Ahnungslosen, für die „Friedensschwärmer“, gilt Ähnliches. Paul Spiegel, der langjährige Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, sagte im Hinblick auf die Friedensmarschierer: „Man kann nicht a priori Nein zum Krieg sagen. Die Konzentrationslager wurden auch nicht von Friedensdemonstranten befreit, sondern von der Roten Armee.“ Das ist zwar nicht ganz richtig, weil auch die Amerikaner, die Briten und die Kanadier KZs befreiten, aber eben nicht mit Menschenketten und Luftballons, sondern mit Panzern und Soldaten.

Nein, Schlussstriche zu ziehen, ist nie gut. Es kann nicht angehen, Versöhnung zu predigen, solange die Täter darauf beharren, richtig gehandelt zu haben, als sie gewaltlos demonstrierende Menschen verprügelten und ins Zuchthaus warfen, als sie Menschen mit raffinierten Methoden, mit der „operativen Psychologie“, die an den Hochschulen der Stasi gelehrt wurde, zersetzten, als sie auf fliehende Menschen schossen und viele erschossen. Solange sie keine tätige Reue üben, kann ihnen kein Mensch, in wessen Namen auch immer, vergeben, die Kirchen nicht, die Politik nicht und auch nicht die Gesellschaft. Und eine allgemeine Versöhnung ist auf dieser Basis ebenfalls unmöglich.

Dabei sehe ich nicht so sehr Schuld und Sühne im Vordergrund. Ich meine aber, dass jeder Mensch Verantwortung übernehmen muss für alles, was er denkt und tut. Auch wenn er verführt wurde zu seinen Verbrechen, bleibt die Verantwortung für seine selbst verschuldete Unmündigkeit und seine daraus resultierenden Taten bestehen, zumindest solange, wie den

Opfern eine lebenswerte Unbeschwertheit weggenommen ist. Dieser Verantwortung müssen sich die vielen Täter mit tätiger Reue stellen, bevor man über Vergebung und Versöhnung sprechen kann!

© Dr. Burkhard Veigel
www.fluchthilfe.de